

Bezugsgebühr:

Wochentheft 2 Mk. 50 Pf. durch
die Post 5 Pf.

Die "Dresdner Nachrichten" erscheinen
jedes Samstag, die Reihe in
Dresden und der nächsten Umgebung,
wo die Herausgabe durch diese Seiten
oder Sonntagszeitung erfolgt, erhalten
die Post am Montagmorgen, die
nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen,
in zwei Tagesabenden Abend und
Morgens zugestellt.

Die Rücksicht einander Sach-
richten ist keine Verbindlichkeit.

Berichtsblatt: 50 Pf. Nr. 12 und Nr. 200.

Telegramm-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Meyer's Anfertigung feiner Herrenkleidung
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. nur 7.

Gegründet 1856

Haupt-Geschäftsstelle:
Marienstr. 38.

Anzeigen-Carif.

Die Mindeste von Aufdruckungen
erfolgt in der Hauptredaktion und
den Nebenredaktionen in Dresden
bis Nachmittags 2 Uhr. Sonn- und
Feiertags nur Nachmittags 20 von
11 bis 12 Uhr. Die "Qualität" brin-
gen kann 8 Seiten zu 20 Pg. An-
druckungen an den Preisstellen Seite
2 Pg.; die "Qualität" Seite 10 Pg.
"Erlangen" aber auf Zeitseite
50 Pg.

Um Nummern nach Sonn- und Feier-
tagen 1-2 des folgenden Monats
50. 40 bis 50 Pg. nach
beendigtem Jahr.

Kaufmännische Aufdrucke nur gegen
Gesamtbetrag.

Heißblätter werden mit 10 Pg.
verkauft.

Photographische Apparate

und Bedarfs-Artikel

kauft man am besten bei

Emil Wünsche Nachf., Moritzstr. 20.

Willkommenste Gelegenheitsgeschenke für Schüler und
Erwachsene. Katalog gratis!

Probieren geht über Studiren!

Man probire an Stelle anderer Hautenschönungsmittheil den vor-

züglichsten, dabei billigen, Hoffmann's Creme

in vegetarischer Formel aus 75 Pg. oder in Flüssigkeit u. 25 Pg.

Hoffmann's Marmormandekleie in kleiner Dose & 1 Mark.

Zu haben bei Herm. Koch, Altmarkt; Alfr. Bleimel, Wildstrasse,

Pariser Str., Pragerstr., Fr. Wollmann, Hauptstr., sowie

in den Apotheken und besten Drogerien, Parfümhandlungen etc.

Man lasse sich nichts Anderes aufreden!

Aug. Kühnschert & Söhne

Dresden-A., Große Plauensche Straße 20

Werkstätten für Eisenkonstruktionen u. Maschinenbau.

Bau- u. Kunstschorrelerei, Kunstschmiede. — Gegr. 1840.

Spezialität: Aufzüge für Personen, Waren,

mit elektrischen, hydraulischen, Transmission- und Handtrieb.

Vollständige Reise-Ausrüstungen liefert Robert Kunze, Altmarkt, Rathaus.

Nr. 98. Spiegel: Wahlrechtskampf in Belgien. Landtag. Minderheitsanträge zur Steuerreform. Erzgebirger. Wirthsmahl-Wirtung. Biennlich heiter. Donnerstag, 10. April 1902.

Der Wahlrechtskampf in Belgien.

Zürcher Tage liegen wieder einmal in Belgien bevor. In der nächsten Woche wird in der Deputiertenkammer der Antrag der vereinigten Oppositionsparteien, der Liberalen, der katholischen Demokraten und der Sozialdemokraten, auf Revision der Verfassung beraten werden. Es handelt sich hierbei um eine neue Wahlrechtsänderung zum Zwecke der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Große Straßenumgebungen, wie sie in Belgien seit einem Jahrzehnt an der Tagesordnung sind, sollen die demokratische Förderung des Wahlrechtsgleichheit unterstützen. Der revolutionäre Radikalismus der Arbeiterpartei soll die gegenwärtigen Machthaber einschüchtern und zur Nachgiebigkeit bewegen. An Proofs ist, dass, wenn die friedliche Lösung des Wahlrechtskampfes nicht erreicht werden kann, ein anderer Weg, nämlich der des Umsturzes beschritten wird, hat es von sozialdemokratischer Seite nicht gefehlt.

Ein Jahr ein Menschenalter dauert in Belgien der Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Zwei neue Wahlrechte sind in dieser Zeit eingeführt worden, das Mehrstimmrechts im Jahre 1894 und fünf Jahre später das Proportionalwahlrecht. Das alte belgische Wahlrecht, das bis 1894 bestanden hat, räumte kaum den fünfzehnten Theile der Bevölkerung politische Rechte ein. Das Land war bis dahin der Herrschaft weniger unterworfen, die bald den Klerikalen, bald von den Liberalen in rücksichtsloser Weise ausgenutzt wurde; eine kleine kapitalistische Minderheit stand einer gewaltigen Mehrheit von Bürgern gegenüber, die vollständig rechtslos waren. Das neue Wahlrecht von 1894 brachte zwar durch Vergess des früheren Genius von 12 Janns eine erhebliche Verallgemeinerung des Wahlrechts, aber voreinständige Weise nicht die Gleichheit. Durch das Voraussetzen wurden die durch Bildung und Besitz hervorragenden Wähler bevorzugt. Jeder 25 Jahre alte, im Besitz der Bürgerlichen Rechte befindliche Belgier hat eine Stimme. Eine Ergänzungsstimme erhält jeder Familienvater unter der Bedingung, dass er ehemalige Kinder hat, 25 Jahre alt ist und 5 Francs Personalaufwand zahlt. Ein zweite Stimme kommt ferner den mindestens 25 Jahre alten Grund- und Rentenbesitzern bis zu einem bestimmten, nicht hohen Vermögens- und Einkommensstande herab zu. In einer Ergründungsstimme haben außerdem die akademisch Geduldeten oder Die, welche ein höheres öffentliches Amt oder eine höhere Bildung beanspruchende Stellung besiedeln oder bekleidet haben. Neben mehr als drei Stimmen darf jedoch niemand verfügen. Durch dieses Mehrstimmrechts verzehnfachtet sich die Zahl der Wahlberechtigten. Aber dadurch wurden natürlich die Sozialdemokraten nicht bedroht und ebenso wenig die Liberalen, die bei der ersten Probe des Mehrstimmrechts fast spurlos von der Bildfläche verschwanden. Das Wahlrechtsgleichheit wurde jetzt vornehmlich die Worte der Opposition. Das neue Proportionalwahlrecht, das 1890 von den Klerikalen eingeführt wurde, brachte nach dieser Richtung hin keine Koncession; es gab in der Haupstädte nur das Stichwahlverfahren auf, das erfolgte, falls im ersten Wahlgange kein Kandidat die absolute Stimmenmehrheit erlangte, und bestimmte statt dessen allgemein, dass die Mandate unter die verschiedenen von vornherein aufgestellten Kandidatenlisten im Verhältnis zu den erzielten Stimmengrößen verteilt würden.

Der Kampf der Opposition richtet sich nicht gegen dieses Verhältnissystem, sondern gegen das Mehrstimmrecht, das die Schranken gegen die Gleichheit des Wahlrechts bildet. Die Sozialdemokraten wollen die verhältnismäßige Vertretung der Minderheiten zugestehen, wenn gleichzeitig das allgemeine gleiche Wahlrecht in die Verfassung aufgenommen wird. Ihnen kommt es zunächst vor allem auf die Beseitigung des gegenwärtigen Dreistimmrechts an, während die Liberalen zum Theil noch für ein Zweistimmrechts auf der Grundlage des Alters oder der Familienvater-Eigenschaft plädieren. Um mit den übrigen Oppositionsgruppen eine gemeinsame Operationsbasis zu erzielen, haben sich die Sozialdemokraten zu der Konzession entschlossen, ihre programmatische Gleichberechtigung der Geschlechter nicht geltend zu machen, sondern von der Forderung des Frauenstimmrechts vorläufig abzutreten. Die Liberalen wollen von der Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts auf die Frauen nichts wissen. Ihr Führer Paul Janon empfiehlt Reformen zu Gunsten der Frauen aus dem Gesicht des bürgerlichen Rechts, aber nach seiner Ansicht besitzen diese noch nicht die politische Reife für das aktive Wahlrecht. Das passive Wahlrecht will er ihnen allenfalls zugestehen, damit die Intelligenz und Fähigkeiten unter ihnen in den Stand gebracht werden, ihre Interessen in den Parlamenten selbst wahrzunehmen. Der Hauptgrund, warum die Liberalen den Frauen das Stimmrecht verweigern, liegt wohl in der nicht unberechtigten Furchtung, dass seine Gewaltübertragung zur Vertreibung der Klerikalen Herrschaft führen würde. Und tatsächlich steht auch eine starke ultramontane Stimmung dahin, den Frauen das Wahlrecht zu verweigern, weil diese überwiegend dem Einflusse des Klerus unterstehen. Der ultramontane Kabinettchef de Smet de Naeyer soll zu einem Sozialisten gedrängt haben: er wolle das gleiche Wahlrecht gewähren, wenn die Opposition das Frauenstimmrecht in Kauf nehmen würde. Indes hat auch bei den Sozialdemokraten offenbar die Überzeugung, dass die Frauenstimmen nur den Klerikalen Machthabern zu Gute kommen würden, mitgewirkt, die Forderung

des Frauenstimmrechts bis auf Weiteres fallen zu lassen. Die Freiheit des sozialdemokratischen Führers Vandervelde erklärte, dass es den Klerikalen mit der Gewährung politischer Rechte an die Frauen nicht um einen Akt der Gerechtigkeit, sondern um ein politisches Manöver zur Erhaltung ihrer Herrschaft zu thun sei. Eine sozialdemokratische Frauenvorstellung hat sich daher entschieden, das die Action zu Gunsten des Frauenstimmrechts bis nach Erreichung des allgemeinen gleichen Männerstimmrechts zurückgestellt werden soll, da sie zur Zeit die Gleichheit der Parteien, die das allgemeine gleiche Wahlrecht der Männer will, überwiegt. Für die belgische Monarchie hat die Entscheidung über die Wahlrechtsreform die Bedeutung der Lebenstrag. Kapitalien die Klerikalen vor dem Ansturm des liberal-sozialistischen Kartells, so ist das ein weiterer mächtiger Schritt auf der siebenen Ebene abwärts, die unabwendbar zum Umsturz führen muss. Die Sozialdemokraten haben in Belgien niemals ihre revolutionären Absichten zu verschleiern versucht. Die Gleichheit des Wahlrechts ist das Lösungswort, das ihnen zum Siege, zur Zeittümmerung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung verhelfen soll. Ihr Führer Vandervelde erklärte vor mehreren Wochen in der Deputiertenkammer: Wie bleiben unten republikanischen und sozialistischen Überzeugungen treu, aber wir werden sie während des Stimmrechtsfeldzuges bei Seite lassen; nach der Eröberung der politischen Gleichheit werden wir den Kampf für unsere Ideale wieder aufnehmen. In derselben Kammeröffnung hat sich der Ministerpräsident mit großer Entschiedenheit gegen die Forderung der Sozialdemokratie ansprochen. Die Regierung, sagte er, lehnt das gleiche Stimmrecht ab, weil sie der Überzeugung ist, dass es mit einem guten Gang unter staatlichen Einrichtungen unvereinbar ist. Das Verfahren der Sozialdemokratie, die Wahlrechtsänderung durch Straßenumsturz zu erwingen, bezeichnete er als ein falsches, wie es die Wegelagerer anzuwenden pflegen. Eine Lösung der Wahlrechtsfrage im staatsverbaltenden Sinne wird nur möglich sein, wenn die Entschließungen der Krone und der Regierung nicht durch die Furcht vor der Sozialdemokratie und deren revolutionären Thronungen beeinflusst werden. Wenn die Regierung der umstürzlerischen Bewegung Halt gebietet will, dann muss sie vor Allem Sorge tragen, dass die Aura der Stimmrechtsunruhe endlich abgeschlossen wird. In einem Rechts- und Ordnungsstaat darf nicht geduldet werden, dass Massen-Demonstrationen auf der Straße zu einem Mittel werden, um schwierige politische Fragen zu lösen. Es würde einer der verhängnisvollsten Fehler sein, den eine belgische Regelung begangen hat, wenn die gegenwärtigen Machthaber vor den revolutionären Rundgebungen, mit denen die Sozialdemokratie und deren Gefolgen abermals drohen, kapitulieren würden. In Belgien kann der Umsturz nur noch durch kraftvolle Neutralitätsregeln verhindert werden; aber solche sind nicht mehr möglich, wenn sie wiederum verschoben werden.

Neueste Drahtmeldungen vom 9. April.

Nächste eingehende Deputirte befinden sich Seite 4.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Nachmittags-Sitzung der Zolltarif-Kommission wurde zunächst über den Kaffeesatz berathen. Die Sozialdemokraten beantragen auch hier, wie bei allen übrigen Artikeln, Gleichheit, die freiläufige Herabsetzung des Kaffeesatzes auf 10 Pf. Staatssekretär Graf Boladowitsch betonte, dass der Kaffeepreis seit 1891 um fast zwei Drittel herabgegangen sei, so dass kein Grund vorliege, den Kaffeesatz zu erhöhen, der mit einer Einnahme von 65 Millionen die dritte Stelle in unseren Finanzsätzen einzunehme. Nach längerer Debatte wurde entsprechend der Vorlage der Zoll für Rohstoffe mit 40 Pf. der für gebrannte und geröstete Kaffee mit 60 Pf. der für Cigarren und anderes als Kaffee-Ersatzstoff geeignete Wurstsalz mit 10 Pf. und der für gebrannte und geröstete Mais und andere Kaffee-Ersatzstoffe mit 40 Pf. angenommen. Weiter wurde der Kaffeesatz berathen. Hier lagen sowohl Interessen der Linken, wie von Abg. v. Wangenheim Anträge auf Erhöhung vor. Der Zoll für Rohkaffee wurde von 35 auf 20, der für gebrannte und geröstete ungehülfe Kaffee von 45 auf 35 Pf. für Kaffeebutter gleichfalls von 45 auf 35 Pf. der für gehülfte, gebrannte, geröstete und Kaffee von 80 auf 65 Pf. und der Thee von 100 auf 50 Pf. herabgestellt. Thee für Teeeinrichtung soll frei sein. Für Kapriole wurde der Satz der Vorlage 10 Pf. für Gewürze, anderweitig nicht genannt, 50 Pf. angenommen. Die Abteilung Kolonialwaren war damit erledigt. — Morgen: Holzölle.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhaus wurde die Vorlesung, der Präsident v. Kröcher, des verstorbenen Abgeordneten Dr. Lieber, der seit 1870, also ein Menschenalter hindurch, dem Hause angehört und sich an den Geschäften des Hauses und in den Kommissionen mit großer Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit betheiligt habe. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Blättern. Auf der Tagesordnung stand der Eisenbahn-Stat. In den Einschätzungen "Aus dem Personen- und Güterverkehr 310 Millionen Mark", knüpft sich eine Generaldebatte, welcher Minister v. Thielicke in einer Übersicht über die Betriebs-Ergebnisse der preußischen Staatsbahnen einleitete. Der Rückgang bei dem Personenverkehr ist nicht erheblich, dagegen entfallen zwei Drittel des gesammelten Einnahmen-Massen auf Abnahme der Beförderung von Postsendungen. Besonders stark abgenommen haben die Posttransports von Kohle und Kohlen. Am Gehältern und Löhnen hat nichts gegeben werden können, ebenso wenig an Materialien, so weit die auf Grund bestehender Verträge bezogen wurden. Ein neuer Vertrag mit dem Kohlen-Sindbad ist noch nicht abgeschlossen, ebenso wenig mit den Schienenwerken und den Klein-eisenfabriken. Im abgelaufenen Geschäftsjahr werden die Eisenbahn-

Einnahmen nach bisheriger Schätzung einen Rückgang von 60 Millionen ergeben, eine Folge der wirtschaftlichen Depression. Es fehlt zu befürchten, dass auch in den nächsten Jahren die Einnahmen hinter den Voranschlägen zurückbleiben werden, da die Anschläge zu einer Zeit gemacht wurden, in welcher die jeweils wirtschaftliche Situation noch nicht erreicht war. Gläcklicherweise fehlen weitere Finanzen, die sich durch einen solchen Mangel mit anstreben können. Abg. Macco (sat. lib.) empfahl zur Sicherung unserer Finanzwirtschaft die Errichtung der Abgaben aus den Eisenbahn-Ueberträgungen an die allgemeine Staatsfahrt, sowie eine Herabsetzung der hohen Transportkosten und eine gründliche Nachbildung der Eisenbahnbeamten Einnahmen v. Rheindahlen erwiderte, dass die früheren steigenden Einnahmen des Staatsbahnen diejenigen durch rechtliche Doktrinen des Extraordinarien nicht zugänglich werden, und wendete sich gegen eine allgemeine Herabsetzung der Tarife im Innern unter Staatsanlagen. Minister v. Thielicke machte Beklachtung über die Verträge mit der elektrischen Waren der Jüngste, welche die Industrie nicht gänzlich ausgeschlossen, sollen nicht gezeigt werden. Auf eine bezügliche Anregung des Abg. Gau erwiederte Minister v. Thielicke, dass an eine gänzliche Aufhebung der Rücktrittsarten nicht gedacht werde. — Weiterberathung morgen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Geh. Rath Bickow tritt demnächst eine Erholungsreise nach Teplitz-Schönau an. — Stadtrath Kautzmann verlässt sich auf den Begehr der Wiederberathung: die neue Amtsstellung ist eine volle völlig Freigabe in Aussicht.

Berlin. (Priv.-Tel.) Neben die Aufhebung der neuen russischen Anleihe wird berichtet, dass die Schätzungen ohne Speziale, welche überhaupt nicht sind, mit 2 bis 25 Prozent berücksichtigt werden; auf Spezialfälle entfallen 10 bis 25 Prozent. Der Aufhebungsbundes ist bei den verschiedensten Aufhebungssstellen sehr verschieden ausgefallen; relativ am stärksten sollen die bei Mendelssohn u. Co. und bei der Distrikto-Schulden erfassten Schulden berücksichtigt werden sein. Heute wird die Anleihe zum ersten Male offiziell verkauft mit 98½ per Centenar. Der Lieferungsbeginn ist für den 10. April. Der Kurs verläuft sich auf Abwertung bis zum 10. April. — Die Direktoren der ersten deutschen Patent-Linoleumfabrik in Störmthal haben den Konkurs angemeldet, nachdem es ihnen nicht möglich geworden war, dem Unternehmen neue Mittel einzuführen. Die Berliner Handelsagentur erlässt, die der Jubel nicht endet, lehnt es ab, den bisher eingeräumten Kredit zu vergrößern.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Der Amsterdamer "Eclano" stieg in Wirklichkeit von Biscaya mit dem Rückenfahrt "Duveline" zusammen und sank, auf der Besatzung sind 2 Mann ertrunken. Köln. (Priv.-Tel.) In Amsterdam ist die Meldung eingetroffen, dass Lord Rosebery sich nach Südafrika begeben werde, um auf Grund eigener Anschauung König Edward entweder Befreiung oder Befreiung zu unterbreiten. Der Monarch soll sehr ungesehen darüber sein, dass die Unterhandlungen zur Friedensaktion einer schrecklichen Verluste bedrohen und äußerte wiederum, er würde schriftlich den Tag herbeieilen, an welchem die Feindseligkeiten definitiv zu Ende sein werden.

Elberfeld. (Priv.-Tel.) Die Generalversammlung der Berg- und Märschallbank genährt 8½ Prozent Dividende und eine Kapitalerhöhung um 425.000 Pf. zwangsfinanziert. Die Bank mit der Barmer Handelsbank, wobei nur 9000 Mark Berg- und Märschallbank aufgenommen werden.

Frankfurt a. M. Wie der Konsul. Bla. aus Konstantinopel gemeldet wird, ist der Schriftsteller Professor Padua Bietich, der sich auf einer Bergungsreise mit dem Damaskus "Victor Louis" befand, hier angekommen und in's deutsche Hospital gebracht worden.

Gera. (Priv.-Tel.) Im Konkurrenz der großen Textilfabrik Nier im Neustadt a. d. Orla betragen nach unbestreitbarer Schätzrechnung die Einnahmen 850.000 Mark, denen nur 141.544 Mark Abzüge gegenüberstehen. An die Gläubiger, derenforderungen insgesamt 930.000 Mark betragen, gelangte 11 Prozent zur Vertheilung.

Solingen. (Priv.-Tel.) Die von den Niederrhein-Brauereien eingesetzten eingesetzten Verhandlungen zur Bildung eines mitteldeutschen Briesel-Sindikats sind relativ verlaufen.

Breslau. (Priv.-Tel.) Die Verhölung der Ober-schlesischen Walzwerke ist derartig, dass die verhüllten Quantitäten Rohstoffen nicht ausreichen und verschiedene Verhandlungen darüber sein, dass die Unterhandlungen zur Bildung eines polnischen Walzwerks sind.

Wien. Das abgeordnetenhaus nahm den Titel Gewerbeschulen und Spezialanstalten an. Zur kontraktions-juristischen Revolution, betreffend Errichtung einer Gewerbeschule in Budweis, beantragt Börreuther die Einrichtung des Wortes "Deutsch" vor Gewerbeschule und Blon (Slowen) einen Zusatztag auf Errichtung einer tschechischen Stadt des Budweiser Handelskammerbezirks und einer deutschen Städteverbandes in einer geeigneten Stadt des Egerer Raumverbandes. Börreuther betont die namentliche und getrennte Abstimmung über den Antrag.

Der Präsident erklärte, er könne dem Antrag Börreuthers auf getrennte Abstimmung zur Abstimmung brachte, beginnen die Abstimmungen einen Ehrenabend, anhaltenden Lärm und Schlägen mit Eisenstäben, Buchern usw. auf die Bühnensessel und pfeifen, johlen und lärmten ohne Unterbrechung. Sobald der Präsident die Glöckle schlägt, um sich Gedächtnis zu verschaffen, beginnt der Lärm auf's Neue. Die anderen Parteien verbreiteten sich ruhig. Die Szene dauerte etwa 10 Minuten. Da blieb der Präsident unter anhaltendem Lärm über die mächtigsten Resolutionen abstimmen ließ, wobei hörten nicht nur die Alten, sondern auch die deutsch-fortschrittliche und die deutsche Volkspartei durch Zurufe gegen dieses Vorgetragen. Einige Alten drängten auf die Präsidententribüne. Dazu ergriß die Präsidenten-Glocke und schlug domit ununterbrochen auf den Kopf des Präsidenten vorbeifliegend, zu Boden. Der Lärm

Präsidium: Reinhard Ritter. Treffen: Molken. Geb. 2. Kind. Kaiser. 79